

# WSI

Diskussionspapiere

---

## **Zur Vorbereitung auf die neue Förderphase der Europäischen Strukturfonds**

- Synopse zu den zentralen Ergebnissen der  
Aktualisierungsberichte zur Halbzeitbewertung der OP  
in Ostdeutschland -

Dr. Astrid Ziegler

***WSI-Diskussionspapier Nr. 144***

März 2006

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut  
in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

In der Reihe „WSI-Diskussionspapiere“ erscheinen in unregelmäßiger Folge Arbeiten aus dem WSI zu aktuellen Vorgängen auf wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischem Gebiet. Sie basieren u.a. auf Vorträgen, die Mitglieder des Instituts gehalten haben oder auf gutachterlichen Stellungnahmen, können aber auch Diskussionsbeiträge zu ausgesuchten Einzelthemen sein. Für den Inhalt sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich.

Dieses und andere WSI-Diskussionspapiere finden Sie als pdf-Datei unter:  
[www.wsi.de](http://www.wsi.de)

Gedruckte Einzelexemplare sind zu beziehen über Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans Böckler Stiftung (WSI i.d. HBS), Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Dr. Astrid Ziegler  
WSI in der Hans Böckler Stiftung  
Hans Böckler Str. 39  
40476 Düsseldorf  
[Astrid-Ziegler@boeckler.de](mailto:Astrid-Ziegler@boeckler.de)

WSI-Diskussionspapiere (Print) ISSN 1861-0625  
WSI-Diskussionspapiere (Internet) ISSN 1861-0633

# WSI

Diskussionspapiere

---

## **Zur Vorbereitung auf die neue Förderphase der Europäischen Strukturfonds**

- Synopse zu den zentralen Ergebnissen der  
Aktualisierungsberichte zur Halbzeitbewertung der OP  
in Ostdeutschland -

Dr. Astrid Ziegler

***WSI-Diskussionspapier Nr. 144***

März 2006



## **Gliederung**

### **Vorbemerkung**

- 1. Zentrale Herausforderungen für die zukünftige Förderperiode**
  
- 2. Ein Blick auf die laufende Förderperiode**
  
- 3. Inhaltliche Ausrichtung der EU-Strukturfonds in der zukünftigen Förderperiode 2007-2013**
  - 3.1. Ein neuer Rahmen**
  
  - 3.2. Allgemeine Überlegungen und Empfehlungen der Evaluatoren zur zukünftigen Förderperiode**
  
  - 3.3. Vorschläge für die neue Programmstruktur in den ostdeutschen Bundesländern**
  
- 4. Fazit**

### **Anhang**

### **Literaturverzeichnis**

## Vorbemerkung

Die Umsetzung der europäischen Strukturfonds-Interventionen wird über ein dreigliedriges Evaluierungsverfahren kontrolliert. Dieses Evaluierungsverfahren sieht in der laufenden Periode (2000 bis 2006) eine ex-ante, eine Zwischenbewertung nach der Hälfte des Programmzeitraumes und eine ex-post-Evaluierung vor. Zusätzlich dazu ist nach Artikel 42 Absatz 4 der Verordnung (EG) von den Mitgliedstaaten und den Regionen eine Aktualisierung der Halbzeitbewertung vorzunehmen. Ende 2005 wurde die Aktualisierung der Halbzeitbewertung aller in Ostdeutschland vorhandenen Operationellen Programme (OP) abgeschlossen. Sie wurden von den im Anhang aufgelisteten Institutionen durchgeführt (Tabelle 1 im Anhang).

Die neuerliche Bewertung der Europäischen Strukturfonds in Ostdeutschland bezieht sich auf insgesamt sechs Punkte. Sie sollte

1. die sozioökonomische Situation des Programmgebietes,
2. die Umsetzung der Empfehlungen der Halbzeitbewertung,
3. die bisherigen Leistungen und Ergebnisse analysieren sowie
4. Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Wirksamkeit,
5. Empfehlungen für Programmänderungen der laufenden Periode und
6. Empfehlungen für die Ausrichtung der neuen Förderperiode geben.

Die Vorlage der aktualisierten Halbzeitbewertung zum heutigen Zeitpunkt ist deshalb von großem Interesse, weil zeitgleich die Planungen für die kommende Strukturfondsperiode laufen. Aus den Erfahrungen der laufenden Förderperiode könnten wichtige Hinweise abgeleitet werden, wo in Zukunft die europäischen Mittel eingesetzt werden sollten.

In die vorliegende Synopse eingegangen sind die Berichte der Aktualisierung zur Halbzeitbewertung aus den ostdeutschen Bundesländern (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und des GFK - Neue Bundesländer (siehe dazu im Einzelnen die Literaturliste im Anhang). Die Synopse hat sich zum Ziel gesetzt, einen systematischen Überblick über die Inhalte der Aktualisierungsberichte für den Einsatz der Europäischen Strukturfondsmittel – speziell des Europäischen Fonds zur regionalen Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) – zu geben, diese gegenüberzustellen und mögliche Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede herauszustellen. Den Schwerpunkt bilden die Empfehlungen für die zukünftige Förderphase. Nicht berücksichtigt wurden die Ausführungen zum Agrarsektor und zum ländlichen Raum, weil ab 2007 dieser Bereich der allgemeinen Agrarmarktpolitik zugeordnet wurde.

Die Synopse ist folgendermaßen aufgebaut:

Im Kapitel 1 werden zentrale Herausforderungen (Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung, Innovationsfähigkeit) aufgegriffen und die künftigen Probleme für die neue Förderperiode aus Sicht der Gutachter herausgestellt. Im Kapitel 2 schließt sich ein Blick auf die laufende Förderperiode an. Dieser Abschnitt zeigt kursorisch welche Anpassungsschritte noch für die aktuelle Periode empfohlen werden. Kapitel 3 bildet den Schwerpunkt des vorliegenden Papiers. Es werden die Vorschläge der Evaluatoren zur Ausrichtung der Europäischen Strukturfondsmittel ab 2007 länderübergreifend diskutiert. Ein Fazit (Kapitel 4) rundet das vorliegende Diskussionspapier ab.

Düsseldorf, im März 2006

Astrid Ziegler

## **1. Zentrale Herausforderungen für die zukünftige Förderperiode**

Die Berichte zur Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Operationellen Programme in den ostdeutschen Bundesländern geben im ersten Schritt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der sozioökonomischen Lage für den Zeitraum 2000 bis 2004 anhand zentraler ökonomischer und sozialer Indikatoren. Das zentrale Ergebnis dieser Analysen ist: der wirtschaftliche Rahmen für die Programmumsetzung der Europäischen Strukturfonds wird nach wie vor als schwierig eingeschätzt. Bei den wesentlichen Indikatoren (z.B. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum) sind die ostdeutschen Länder im deutschen und europäischen Vergleich weit abgeschlagen. Ein strukturpolitischer Handlungsbedarf existiert in Ostdeutschland über die laufende Förderperiode hinaus. Wie die Analysen außerdem zeigen, wäre der Rückstand ohne die Mittel aus den Europäischen Strukturfonds noch stärker ausgefallen.

Aus der Palette der diskutierten Themen werden im Folgenden drei zentrale Herausforderungen aufgegriffen, die für den zukünftigen Einsatz der Europäischen Strukturfondsmittel wichtig sind. Das sind erstens der anhaltende Trend des Bevölkerungsrückgangs, zweitens das Fehlen von Arbeitsplätzen und drittens das Innovationsgeschehen in Ostdeutschland:

In allen ostdeutschen Bundesländern schrumpft die Bevölkerung und die einzelnen Bevölkerungsvorausrechnungen deuten darauf hin, dass sie weiter abnehmen wird. Die sinkende Bevölkerung basiert in allen Bundesländern auf zwei Ursachen: einerseits wandern seit Jahren vorwiegend junge Menschen in den Westen, andererseits werden immer weniger Kinder geboren. So wird für Sachsen-Anhalt bspw. prognostiziert, dass das Land bis 2010 20% seiner Bevölkerung verlieren wird, besonders stark von der Bevölkerungsentwicklung ist der ländliche Raum betroffen. Als problematisch werden die Fortzüge der mehrheitlich jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung – insbesondere der Frauen – eingeschätzt, denn mit ihnen wandern die potenziellen Arbeitskräfte ab, die auf kurz oder lang der einheimischen Wirtschaft fehlen werden. Langfristig droht ein Mangel an Fachkräften, dies kann zu einem gravierenden Standortnachteil für Ostdeutschland werden. Die selektive Bevölkerungsentwicklung bringt erhebliche Belastungen für die künftige demografische Entwicklung mit sich. Die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung wird (bzw. hat) dazu (ge)führ(t)en, dass es eine zunehmende Kluft zwischen „jungen“ und „alten“ Regionen gibt mit entsprechenden Konsequenzen in Bezug auf die Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur und damit auf den Einsatz der Europäischen Strukturfondsmittel. Die Evaluatoren gehen davon aus, dass der Bevölkerungstrend in großen Teilen Ostdeutschlands nicht mehr umgekehrt werden kann.



Die Bevölkerungsentwicklung ist eine Reaktion auf die schlechte Wirtschaftslage in Ostdeutschland und die fehlenden Perspektiven vor allem der jüngeren Bevölkerung. In Ostdeutschland wurden auch in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze abgebaut als neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden sind. Ausnahme bildet Sachsen, dort ist das Beschäftigtenniveau nahezu konstant geblieben. Welche Branchen Arbeitsplätze ab- und welche aufgebaut haben hält Tabelle 1 für ausgewählte Bundesländer fest.

Tabelle 1:  
**Beschäftigtenauf- und -abbau nach Branchen**

	<b>Beschäftigtenabbau</b>	<b>Beschäftigtenaufbau</b>
<b>Berlin</b>	Gesundheits- und Sozialwesen, öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Baugewerbe	Luftfahrt, Datenverarbeitung und IT, Gastgewerbe, wirtschaftliche Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Vermietung beweglicher Sachen
<b>Brandenburg</b>	Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Verkehr- und Nachrichten, Baugewerbe	Finanz- und Unternehmensdienstleistungen
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Öffentliche Verwaltung, Land- und Forstwirtschaft, Kirche u. Interessenvertretung, Baugewerbe, Landverkehr, Bildung und Erziehung, Ernährungsgewerbe	Gastgewerbe, Gesundheit und Soziales, unternehmensnahe Dienstleistungen, Mess- und Steuerungstechnik, Holzgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Öffentliche u. private Dienstleister, Investitionsgüterproduzenten, Baugewerbe	Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister, Vorleistungs- u. Verbrauchsgüterproduzenten

Durch die inhaltliche Ausrichtung der Europäischen Strukturfonds auf die Lissabon-Strategie nimmt das Thema „Forschungs- und Innovationspotenziale“ bei der Ist-Beschreibung eine wichtige Rolle ein. Die derzeitige Situation stellt sich zwar von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich dar, wie die nachfolgende Zusammenstellung aber belegt, ist sie unterm Strich mit Ausnahme von Sachsen eher ernüchternd und die Bundesländer müssen noch einige Anstrengungen unternehmen, um die Lissabon-Ziele zu erreichen:

→ Der Anteil der Beschäftigten im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen liegt in Berlin über dem Bundesdurchschnitt bei allerdings geringer

Dynamik. Die Zahl der Patentanmeldungen ist entgegen dem Bundestrend rückläufig.

- Die sächsischen Betriebe gehören zu den forschungsintensivsten in Ostdeutschland. Der Anteil der FuE-Beschäftigten betrug 2001 3,3%. Die FuE-Aufwendungen am Umsatz lagen 2001 bei 1,8% und sind im Zeitablauf rückläufig. Im ostdeutschen Bundesländervergleich konnte Sachsen den Vorsprung bei der Patentdichte und der Patentintensität nicht halten.
- In Sachsen-Anhalt wurden zwischen 1995 bis einschließlich 2001 FuE-Personal im Verarbeitenden Gewerbe abgebaut. Der Anteil der Beschäftigten in Bereichen der Spitzentechnologie lag im Jahr 2004 bei 3,5% und in Bereichen der hochwertigen Technik bei 21,3%. Die Wirtschaftszweige der Spitzentechnik verzeichneten einen leichten Beschäftigtenabbau, wohingegen die der hochwertigen Technik ihre Beschäftigtenzahlen erhöhen konnten. Bei den Patentanmeldungen ist keine Dynamisierung zu verzeichnen.
- Thüringen hat die Gesamtausgaben für FuE-Aktivitäten zwischen 1997 und 2001 gesteigert, liegt aber mit 2,19% (2001) deutlich unterhalb der 3%-Zielmarke der Lissabon-Strategie. Der Anteil der FuE-Beschäftigten ist unterdurchschnittlich und hat sich zwischen 1997 und 2001 leicht erhöht.

## 2. Ein Blick auf die laufende Förderperiode

Die Evaluierungsberichte legen bei der Gesamtbewertung und den Empfehlungen für die laufende Periode eindeutig ihren Schwerpunkt auf die einwandfreie finanzielle Abwicklung der Programme. Kriterien sind hier die Fragen,

- wie haben sich das Investitionsvolumen und die öffentlichen Zuschüsse entwickelt.
- wie kann die zu Beginn der Förderphase geplante Anzahl an Projekten erreicht werden.
- können die Finanzmittel bis zum Ende der Förderperiode ausgegeben werden.

Dementsprechend detailliert sind die gemachten Auswertungen über eingegangene und vorgesehene Bewilligungen zu den einzelnen Programmschwerpunkten und ihre Fortschreibung bis zum Ende der laufenden Förderperiode.

Der Stand der Programmabwicklung ist unterschiedlich. Für Sachsen schätzen die Gutachter den Stand der Umsetzung des ESF-Programms generell als problematisch ein. Die finanzielle Umsetzung ist nach den Planungen wenig wahrscheinlich. Ohne eine Umschichtung dürfte der Freistaat Sachsen nicht alle ESF-Mittel in der laufenden Periode in Anspruch nehmen können. Eine Umschichtung von ESF-Programmen zu EFRE-Förderung wird hier empfohlen – dies ist für Sachsen kein neues Problem, bereits in der Vergangenheit kam es zu Mittelumschichtungen vom ESF zum EFRE. In den anderen Berichten greifen die Vorschläge in die konkrete Programmstruktur ein. Für die Programme, deren finanzielle Umsetzung bis zum Ende der laufenden Periode nicht gesichert ist, schlagen die Evaluatoren u.a. vor

- diesen Programmen in der nächsten Zeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken, indem der Mittelabfluss kontrolliert und dadurch ggf. rechtzeitig die Gelder umgelenkt werden können.
- Fördergelder von einem Programm ins andere Programm, das unterausgestattet ist, zu verschieben.

Die anvisierte Zahl der mit Strukturfondsmitteln zu fördernden Arbeitsplätze wird nach Einschätzung der Evaluatoren erreicht, in vielen Berichten wird sogar davon ausgegangen, dass diese in der laufenden Förderperiode übertroffen wird, was angesichts der miserablen Arbeitsmarktlage in Deutschland auf den ersten Blick positiv zu bewerten ist. Auf den zweiten Blick aber relativiert werden muss, weil die Planungen zu Beginn der Strukturfondsförderphase in Bezug auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sehr wahrscheinlich auf konservativen Annahmen beruhten und die Landesregierungen in ih-

ren Planungen von einem relativ niedrigen Niveau aus gingen, so dass von vornherein die Wahrscheinlichkeit relativ groß war, die Planzahlen zu realisieren. Wie viele Arbeitsplätze tatsächlich durch die Förderung geschaffen oder gesichert werden, wird in keinem Bericht wissenschaftlich ausgewiesen – dies war auch nicht der Auftrag. Das Thema Mitnahmeeffekte wird in vielen Berichten – vor allem bei der Auswertung zur betrieblichen Unternehmensförderung – thematisiert. Es geht dabei argumentativ um die Forderung, die Fördersätze für Unternehmenssubventionen zu reduzieren, um die Mitnahmeeffekte gering zu halten.

Tabelle 2:

**Geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze im Rahmen der Investitionsförderung (GA und EFRE)**

	<b>Anzahl 2000-2002</b>	<b>Anzahl 2003-2004</b>	<b>Anzahl 2000-2004</b>	<b>Veränderung 2002/2004 in %</b>
<b>Berlin</b>	9.885	2.724	12.609	27,6
<b>Brandenburg</b>	32.505	16.900	49.405	52,0
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	18.909	8.395	27.304	44,4
<b>Sachsen</b>	17.490	28.910	46.400	165,3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	28.138	40.878	69.016	145,3
<b>Thüringen</b>	45.482	28.133	73.615	61,9
<b>insgesamt</b>	<b>152.409</b>	<b>125.940</b>	<b>278.349</b>	<b>82,6</b>

Quelle: GEFRA et al. 2005b: 66

Neben den durchgeführten finanziellen Anpassungen zwischen Programmen und Fonds wurden seit der Halbzeitbewertung Richtlinien, Fördertatbestände und die quantitativen Ziele den neuen Bedingungen angepasst. Die Empfehlungen für die noch laufende Förderperiode konzentrieren sich auf Grund der Kürze der noch verbleibenden Zeit auf Mittelschichtungen und Änderungen bei den materiellen Zielen. Die meisten Evaluatoren akzeptieren die Notwendigkeit der Länder, die Operationellen Programme reibungslos abzuwickeln und die Eingriffe auf das notwendigste zu beschränken.

Die Aktualisierungsberichte unterscheiden sich in einem wesentlichen Teil erheblich voneinander: Während einige Länderberichte<sup>1</sup> mehr Wert auf Empfehlungen für die noch laufende Periode legen, bildet das Schwergewicht der meisten Berichte die Empfehlungen für die neue Förderperiode.

Übersicht 1:

**Empfehlungen für die aktuelle Förderperiode**

<b>Berlin</b>	Grundlinien mit veränderten finanziellen Prioritäten fortführen
<b>Brandenburg</b>	finanzielle Umsetzung ist realistisch, kein Anpassungsbedarf beim EFRE und ESF, die Empfehlungen betreffen Programmüberwachung, -wirkungen und -evaluierung
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	in einigen EFRE-Maßnahmen Mittelumschichtung zugunsten der Unternehmensförderung wegen höherem Bedarf notwendig, keine wesentlichen Änderungen der ESF-Interventionen erforderlich, aber Mittelumschichtung von chancengleichheitsspezifischer Förderung wegen zu hoher Mittelausstattung auf andere Maßnahmen
<b>Sachsen</b>	Umschichtung von ESF-Mitteln inklusive Informations- und Akquisitionstätigkeit in den Regionen erhöhen und mehr Flexibilität den Regionen über die Einrichtung von Regionalbudgets bei freiem Gestaltungsspielraum der Regionen einrichten
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Akzentuierung auf die Stärkung der FuE-Potenziale der Wirtschaft, besonderes Augenmerk auf die Abwicklung der Infrastrukturprojekte legen, Abstimmung zwischen Landes-/ESF-Förderung, Handlungserfordernisse betreffen Fachkräftesicherung, Lebenslanges Lernen, Schnittstelle Schule-Ausbildung
<b>Thüringen</b>	die gemachten Empfehlungen sind konzeptioneller Art und sind von ihrer Reichweite schwerpunktmäßig für die nächste Förderperiode relevant

---

<sup>1</sup> Dies gilt für Sachsen-Anhalt und Thüringen, wobei der thüringische Bericht trotzdem Handlungsempfehlungen abgibt, die konzeptioneller Art und sehr stark in die neue Förderperiode hinein reichen.

### **3. Inhaltliche Ausrichtung der EU-Strukturfonds in der zukünftigen Förderperiode 2007 - 2013**

Wo sollen in Zukunft die Fördermittel aus den EU-Strukturfonds eingesetzt werden? Diese Frage wurde mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt<sup>2</sup> in allen Evaluierungsberichten aufgegriffen und in den Kontext der bisherigen Förderergebnisse sowie der strategischen Neuausrichtung der EU-Strukturfonds gestellt. Die Empfehlungen der Evaluatoren zur Neuausrichtung der Europäischen Strukturfondsmittel sind auf der einen Seite genereller Art (Abschnitt 3.2), auf der anderen Seite greifen sie in einzelne Programmstrukturen direkt ein (Abschnitt 3.3). Die neue Grundphilosophie der EU-Strukturfonds ab 2007 ist an anderer Stelle bereits diskutiert worden (Erdmenger / Ziegler 2004). Um die Empfehlungen der Gutachter dennoch besser einordnen zu können, werden zunächst einige wesentliche inhaltliche Aspekte zum zukünftigen Einsatz der Europäischen Strukturfonds dargestellt (Abschnitt 3.1).

#### **3.1 Ein neuer Rahmen**

Obwohl der Finanzrahmen und die Fördergebietskulisse der neuen EU-Strukturfondsperiode (2007 – 2013) noch nicht konkret stehen, ist abzusehen, dass es zu Einschnitten in Bezug auf Fördermittel- und Fördergebietsumfang in Deutschland kommen wird. Zwar werden immer noch erhebliche Finanzmittel über die EU-Strukturfonds nach Deutschland fließen – ein Kahlschlag in der Förderung deutscher Regionen wird nicht eintreten –, aber es ist damit zu rechnen, dass einige deutsche Regionen ihren Förderstatus verlieren werden. Gleichzeitig könnten auf Grund der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Entwicklung einzelne deutsche Gebiete (z.B. Regierungsbezirk Lüneburg) einen höheren Förderstatus erlangen. Dies wird Auswirkungen auf die Förderpolitik in Deutschland haben, da ein Großteil der Finanzmittel, die heute über wirtschafts- und beschäftigungspolitische Programme und Maßnahmen ausgegeben werden, mit Hilfe der europäischen Strukturfonds kofinanziert werden. Europäische Mittel werden aber ab 2007 auf der einen Seite nicht mehr in diesem Maße zur Verfügung stehen, auf der anderen Seite teilweise in andere Gebiete fließen.

Die Europäische Kommission (Mitteilung der Kommission 2005) hat die Europäischen Strukturfonds unter das Dach drei großer europäischer Projekte gestellt, nämlich unter die europäische Lissabon- und Göteborg-Strategie sowie die Beschäftigungsstrategie. Gemeinsam mit den drei neuen strategischen

---

<sup>2</sup> Die Abgabe von Empfehlungen für den Einsatz der Strukturfonds ab 2007 war in Sachsen-Anhalt nicht Gegenstand des Auftrags, sodass der Aktualisierungsbericht keine Empfehlungen enthält und lediglich am Rande einige Anmerkungen dazu macht.

Zielen (1. Konvergenz, 2. Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, 3. Zusammenarbeit), die innerhalb der Europäischen Strukturfonds zwischen 2007 und 2013 verfolgt werden sollen, bilden die drei Europäischen Strategien den Rahmen für die derzeit laufende Programmplanung zur Vorbereitung auf die künftige Förderphase und für die Erstellung des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans und der Operationellen Programme durch die Mitgliedstaaten und Regionen.

Die Verordnungen (siehe im Einzelnen dazu die Auflistung im Literaturverzeichnis im Anhang) sehen zum zukünftigen Einsatz der EFRE- und ESF-Mittel inhaltliche Schwerpunkte der europäischen Förderpolitik in folgenden Bereichen vor:

Die Mittel aus dem **EFRE** sollen im Rahmen des Ziels

- „Konvergenz“ für den Ausbau der Infrastruktur – Transport, Umwelt, Energie, Bildung, Gesundheit –, für KMU-Beihilfen, für Forschung und Innovation sowie für Risikoprävention eingesetzt werden,
- „Wettbewerbsfähigkeit“ die Felder Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Umwelt und Risikoprävention, Zugänglichkeit im Rahmen von Verkehrs- und Telekommunikationsdienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse fördern,
- „Zusammenarbeit“ einerseits bei grenzüberschreitenden Programmen die Bereiche Förderung des Unternehmergeistes, gemeinsame Bewirtschaftung der Umwelt und gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen unterstützen und sich andererseits bei transnationalen Programmen auf Wasserschutz und -wirtschaft, Zugänglichkeit der großen Netze und Interoperabilität der Systeme, Risikoprävention und gemeinsame technologische Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten konzentrieren.

Die Mittel aus dem **ESF** sollen im Rahmen des Ziels

- „Konvergenz“ dem Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Männer, der Investitionen in das Humankapital, der Governance und der Stärkung der institutionellen und administrativen Kapazitäten dienen,
- „Wettbewerbsfähigkeit“ den Schwerpunkt auf die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen, den Zugang zum Arbeitsmarkt, die soziale Eingliederung von benachteiligten Personen, die Bekämpfung von Diskriminierungen und den Aufbau von Partnerschaften und Netzen in Bezug auf Beschäftigung und Eingliederung gelegt werden.
- Innovative Projekte (bisher Art. 6 Projekte) und die transnationale Zusammenarbeit (bisher EQUAL) sollen vollständig in die ESF-Programme eingebunden werden.

### 3.2 Allgemeine Überlegungen und Empfehlungen der Evaluatoren zur künftigen Förderperiode

In den Aktualisierungsberichten werden die Maßnahmenbündel der laufenden Förderperiode nicht einfach in die künftige Förderphase weiter geschrieben, dies wäre – so die Gutachter – auch nicht ziel führend. Alle empfehlen einen **Mix aus bestehenden und neuen, ergänzenden Feldern**. Ihre Empfehlungen<sup>3</sup> leiten sie aus den quantitativen Ergebnissen der bisherigen Förderperiode ab. Dabei greifen die Gutachter durchaus auch zukünftige Herausforderungen auf, die bereits heute schon in der Regional-, Arbeits- und Beschäftigungspolitik diskutiert und deren Auswirkungen z.T. schon sichtbar sind. Dies betrifft zum einen die langfristig rückläufige Entwicklung der Bevölkerung, des Erwerbspersonenpotenzials und die zunehmende Alterung der Erwerbsbevölkerung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Stichwort: Fachkräftemangel), auf den zukünftigen Infrastrukturbedarf bzw. die zukünftige Daseinsvorsorge. Zum anderen geht es um die Situation der Länderhaushalte. Die Evaluatoren sehen es gerade beim letzten Punkt als erforderlich an, dass trotz Solidaritätspakt II angesichts der weiterhin angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte für strukturpolitische Zwecke neue Finanzierungsquellen aufgetan werden und viel stärker als bisher **private Mittel zur Kofinanzierung** herangezogen werden müssten.

Die meisten Vorschläge setzen an der strategischen Ausrichtung der Programmplanung für die neue Förderphase an. Die Vorschläge lassen sich grob auf zwei Punkte zusammenfassen:

#### **1. Die Gesamtstrategie den neuen Herausforderungen anpassen**

Angesichts in Zukunft wohl knapper werdender Mittel halten es die Evaluatoren für wichtig, den Fördermitteleinsatz auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, die gemessen an den Zielsetzungen den größten Erfolg versprechen. Daher legen einige Gutachter den Landesregierungen nahe, ein **Zielsystem** zu definieren. So schlagen z.B. die Evaluatoren in Sachsen für den zukünftigen Einsatz der ESF-Mittel ein Zielsystem bestehend aus sechs strategischen Zielen<sup>4</sup> vor, die zum Teil bestehenden Handlungsfelder und Maßnahmen in die neue Förderphase überführt und zusätzliche Schwerpunkte in relevanten Bereichen aufnimmt. Für den EFRE wird in Sachsen eine Gesamtstrategie

---

<sup>3</sup> Die Ausführungen dazu sind in den einzelnen Berichten zu den konkreten Schwerpunkten von unterschiedlicher Länge und Genauigkeit.

<sup>4</sup> Die sechs strategischen Ziele sind: 1. langfristige Sicherung der Verfügbarkeit von Fachkräften, 2. Einflussnahme auf Arbeitsmigration, 3. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, 4. Soziale Exklusion begrenzen, 5. Unternehmerische Potenziale entwickeln / Innovationskraft stärken, 6. Erhöhung der Arbeitsmarkttransparenz / Verbesserung von Matching-Prozessen.



eingefordert, weil die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um „eine auf Wachstum und dauerhafte Beschäftigung ausgerichtete Strategie“ zu erreichen. Den Landesregierungen bliebe es überlassen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie diese Ziele erreichen wollen. Andere (z.B. Mecklenburg-Vorpommern) sehen bei dieser strategischen Ausrichtung der Fonds auf eine **kohärente und integrierte Förderung** die Basis für den effizienten Einsatz der Strukturfondsmittel. Die Landesregierung hätte danach die Aufgabe, klare strategische und operationalisierbare Abgrenzungskriterien zwischen den Fonds, Schwerpunkten und Maßnahmen zu definieren, um so möglichst Überschneidungen zwischen den Fonds und/oder Förderbereichen (z.B. bei der parallelen Existenzgründungsförderung über EFRE und über ESF oder bei der Tourismus- und Agrarförderung) zu vermeiden.

## **2. Die unübersichtliche Programmstruktur vereinfachen**

Nach Ansicht der Mehrzahl der Gutachter sollte die Programmstruktur vereinfacht und eine transparentere Programmstruktur aufgelegt werden. Viele sprechen sich dafür aus, die **Programmstruktur** auf einige wenige finanziell und inhaltlich breiter angelegte Förderschwerpunkte zu **reduzieren**. Dies würde deutliche Flexibilitäts- und Managementvorteile bringen. Am deutlichsten wird dies in den Berichten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (für den ESF) formuliert. So schlagen z.B. die Gutachter der Brandenburgischen Landesregierung vor, den zukünftigen ESF-Einsatz auf fünf Förderschwerpunkte (siehe dazu Übersicht 2) zu begrenzen, die jeweils durch nur zwei bis drei Förderinstrumente unterstützt werden sollten. Im thüringischen Bericht und im GFK-Bericht wird in Bezug auf die Programmstruktur herausgestellt, dass **nicht alle Länderprogramme** über Strukturfondsmittel **kofinanziert** werden sollten. Der Einsatz der Strukturfondsmittel sollte auf wenige ausgewählte Maßnahmen beschränkt werden. Ebenso wird von einigen Gutachtern betont, dass eine **Förderung kommunaler Pflichtaufgaben durch die Strukturfonds abzulehnen** ist. Dies wird am Beispiel kommunaler Infrastrukturen in Thüringen diskutiert, aber auch im GFK für Ostdeutschland insgesamt thematisiert. So sehen die Gutachter z.B. die durch die Förderung der Computerausstattung an Schulen entstehenden Folgekosten als notwendige und fortwährende Investitionen in die Bildung an, die von den Ländern übernommen werden müssten und nicht in der künftigen Förderphase über die Europäischen Strukturfonds zu finanzieren wären.

Im Allgemeinen richten sich die Empfehlungen zur Neuausrichtung der Europäischen Strukturfondsmittel sehr stark an der **Lissabon-Strategie** aus. Alle Berichte plädieren dafür, die Innovationsförderung stärker als bisher zu unterstützen und mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich einzuplanen. Die Beschäftigungsstrategie spielt (auch) für den zukünftigen Einsatz der ESF-Mittel kaum eine Rolle – so der Eindruck. Dementsprechend ausgeprägt fallen die

Empfehlungen in Richtung Innovation und Technologieförderung aus – dies trifft für den EFRE und für den ESF gleichermaßen zu. Deutlich wird dabei, dass den Berichten eine eher technologieorientierte und **enge Definition** des Begriffs **Innovation** zugrunde liegt. Es geht in der Regel um alt bekannte Maßnahmen, wie u.a. um die Stärkung der betrieblichen Innovations- (Technik-)förderung, um den Ausbau der technologischen Infrastruktur, die Förderung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Wissenschaft oder um den Technologietransfer. Am deutlichsten wird die eingeengte Sicht auf das Thema Innovation aber in den Vorschlägen zum zukünftigen ESF-Einsatz. In mehreren Berichten wird die Ausrichtung der ESF-Förderung auf die Lissabon-Strategie damit verbunden, Aktivitäten an Hochschulen – speziell die technologieorientierten Gründungen aus Hochschulen heraus – stärker zu fördern. Andere potenzielle Einsatzbereiche des ESF unter Lissabon-Gesichtspunkten (wie z.B. Prävention und Arbeitsorganisation in Verbindung mit EFRE-Maßnahmen) mitzudiskutieren, findet sich in keinem Bericht.

Bei der Durchsicht der Berichte fällt außerdem auf, dass vereinzelt über die in der öffentlichen Diskussion hinausgehenden Probleme aufmerksam gemacht wird, auf die zwar die Gutachter selbst keine Antworten geben, die aber von Bund und von den Landesregierungen nicht außer acht gelassen werden können.

Dazu gehören z.B.

- Das Kardinalproblem der zukünftigen Europäischen Strukturpolitik, dass die Europäischen Strukturfonds **gleichzeitig** das **Wachstums- und das regionale Ausgleichsziel realisieren** wollen, wird lediglich im Bericht von Mecklenburg-Vorpommern gesehen und angesprochen.
- Nach dem sächsischen EFRE-Bericht sind noch keine Handlungsansätze sichtbar, wie mit der divergierenden Entwicklung innerhalb des Landes umgegangen wird und wie das Land auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad umsteuern will. Die klassischen Konzepte einer ausgleichsorientierten Politik stoßen aber nicht nur in Sachsen an ihre Grenzen.

Deutlich wird bei der Gegenüberstellung der Aktualisierungsberichte, dass die Gutachter den zukünftigen Europäischen Strukturfonds eine **große Wirtschaftsnähe** zuschreiben. Wo die europäischen Finanzmittel tatsächlich eingesetzt werden, sollte davon abhängig gemacht werden, ob die geförderte Maßnahme eine positive Wirkung auf Wirtschaft und Unternehmen hat.

### **3.3 Vorschläge für die neue Programmstruktur in den Bundesländern**

Neben diesen eher generellen Anmerkungen zum zukünftigen Einsatz der Strukturfondsmittel greifen einige Gutachter mit ihren Empfehlungen in beste-

hende Förderschwerpunkte ein. Zum Teil werden von den Gutachtern schlagwortartig Empfehlungen abgegeben, zum Teil aber auch ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Eine grobe Zusammenstellung gibt Übersicht 2 im Ländervergleich. Im Folgenden werden diese Vorschläge gegenüber gestellt und Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede für die zukünftige Förderung herausgearbeitet. Dabei ist es aber nicht das Anliegen des vorliegenden Papiers alle Empfehlungen aufzugreifen, sondern es werden die wesentlichen Grundlinien zur Neuausrichtung der Europäischen Strukturfonds diskutiert – soweit diese in den Aktualisierungsberichten erkennbar sind.

### **1. Förderung von Kompetenzfeldern und Clustern**

Seit mehreren Jahren wird im Zusammenhang mit der Konzentration von Fördermitteln die Förderung von Kompetenzfeldern und Schlüsseltechnologien diskutiert. Dieses Thema spielt bei den Empfehlungen zum künftigen Einsatz der Europäischen Strukturfonds eine Rolle. Eine Reihe von Gutachtern sprechen sich für die Förderung von Kompetenzfeldern und/oder Clustern aus. Am weitesten gehen die Evaluatoren mit ihren Vorschlägen für das Land Berlin. Sie stützen sich dabei auf vorliegende Studien<sup>5</sup>, in denen für Berlin Kompetenzfelder<sup>6</sup> abgegrenzt wurden und mit der Senatsverwaltung als Clusterstrategie für die Wirtschaftsförderung weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund schlagen die Evaluatoren vor, die künftige Strukturfondsförderung auf Förderachsen zu konzentrieren, die sich an den Wachstumsdeterminanten wie Wissensbasis, technologische Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, Qualität des Humanvermögens und Engpässe in der das strukturelle Wachstum begrenzende Infrastrukturversorgung orientiert und den Strukturwandel hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft unterstützen. Die Förderung sollte sich schwerpunktmäßig auf den Förderbereich „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“ konzentrieren. In diesen sollten möglichst die definierten Kompetenzfelder integriert und in der Förderung stärker berücksichtigt werden. Eine Unternehmens- und Infrastrukturförderung außerhalb der Kompetenzfelder sollte zwar auch noch möglich sein, aber die Kompetenzfeldförderung sollte den größten Anteil an Fördermitteln auf sich binden. Um die Kompetenzfelder aber als Handlungsrahmen für die Berliner Wirtschaftsförderung zu nutzen, sollten weitere Schritte umgesetzt werden. Dazu gehören bspw. die genaue Definition der Kompetenzfelder inklusive der Berücksichtigung ihres Lebenszyklus, Identifikation von Wertschöpfungsketten, Key-Playern, Verflechtungsbeziehungen, Technologieplattformen und der erforderlichen Infrastruktur. Es

---

<sup>5</sup> Es handelt sich dabei um die Studie der Boston Consulting Group (2004), Evaluierung und Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Berlin und den Bericht der Enquete Kommission „Eine Zukunft für Berlin“.

<sup>6</sup> Biotechnologie, Medien, Informationstechnologie, Kommunikationstechnologien, Medizintechnik, Verkehrstechnik.

wird empfohlen ein Controllingssystem zur Beobachtung der Entwicklung der Kompetenzfelder aufzubauen.

Die Gutachter des Brandenburgischen Berichts legen zwar nicht so differenzierte Vorschläge vor, sie empfehlen aber der Landesregierung die Cluster- und Netzwerkbildung innerhalb der EFRE-Förderung mit höchster Priorität zu verfolgen und die sektorale und räumliche Wirtschaftsförderungsstrategie der „Stärken stärken“ umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Auch im Bericht von Mecklenburg-Vorpommern wird am Beispiel der Holzwirtschaft in Wismar herausgestellt, dass die Förderung produktspezifischer Wertschöpfungsketten erfolgreich sein kann. Daraus ziehen sie für die künftige Förderperiode den Schluss, die FuE-, Wissenschafts-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungsförderung viel stärker an regionalen Branchenschwerpunkten der Wirtschaft zu orientieren. Von einer ausschließlichen Innovations- und Kompetenzfeldorientierung mit der Konzentration auf bestimmte Branchen- und Kompetenzfelder raten allerdings die Gutachter ab, weil für eine solche Strategie die Potenziale in Mecklenburg-Vorpommern fehlen.

Im GFK Ostdeutschland wird die große Bedeutung der Clusterförderung im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Infrastrukturförderung zwar aufgegriffen, die GFK-Gutachter lehnen aber die Konzentration der Unternehmensförderung auf Cluster ab. Nach ihrer Einschätzung sollten Inhalte statt äußere Hüllen gefördert werden (Folienvortrag vom 13.12.2005).

## **2. Einzelbetriebliche Förderung bleibt wichtig**

Alle Evaluatoren sehen die einzelbetriebliche Investitionsförderung als einen wichtigen Förderbaustein an, der auch in der neuen Förderperiode unverzichtbar bleibt. Der Berliner und der Thüringische Bericht enthalten zusätzlich Vorschläge zur zukünftigen Ausdifferenzierung der Unternehmensförderung. Die Berliner Gutachter stellen die zukünftige einzelbetriebliche Investitionsförderung unter das Dach „Innovation“. D.h. betriebliche Investitionen mit einem Innovationsbezug bzw. die ein Kompetenzfeld stärken, sollten mit einem höheren Fördersatz unterstützt werden wie „normale“ Investitionen ohne nennenswerten Strukturbezug. Auch die thüringischen Gutachter empfehlen, auf Grund des weit vorangeschrittenen Ausstattungsgrads im Sachkapitalbestand die Fördersätze abzusenken und die Subventionstatbestände mit ausgleichspolitischer Begründung zurückzufahren. Über diesen Weg lassen sich die Mitnahmeeffekte gering halten. Die FuE-Förderung sollte aber davon ausgenommen werden. Die Argumente des thüringischen Reports finden sich auch im GFK-Ostdeutschland, was deshalb nicht überrascht, weil das Gutachterteam beider Berichte identisch ist.

Des Weiteren spielen in den Gutachten zur einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung der Bereich Auslandsförderung / Messerförderung sowie Existenzgründungsförderung eine große Rolle. Zur Stärkung der Exportorientierung der Unternehmen besteht aus Sicht der Gutachter ein zunehmender Bedarf, Unternehmen in ihrer internationalen Positionierung mit einer Messerförderung oder mit Vermarktungshilfen zu unterstützen. Im Berliner Bericht wird die Bedeutung der Exportförderung als ein wesentliches Kriterium gesehen, die schwache Binnennachfrage zu überwinden. Welche Ansatzpunkte die Förderpolitik hat, um die Binnennachfrage anzukurbeln, wird allerdings nicht diskutiert.

Bei der Existenzgründungsförderung wird in verschiedenen Berichten betont, dass in diesem Feld die einzelnen Instrumente zwischen EFRE und ESF besser strukturiert werden sollten. So schlägt der Berliner Bericht vor, dem ESF eine sozial- und beschäftigungspolitische Bewertung der Gründungen zu geben und beim EFRE die zu erwartenden regionalökonomischen Effekte zu berücksichtigen, wie z.B. Stipendien für Gründungen aus der Hochschule. Die Existenzgründungsförderung sollte viel mehr Wert auf die Vorgründungsphase und auf die Profilierung der Konzepte sowie der Qualifizierung und Beratung der Gründer legen.

### **3. *Infrastrukturförderung an Bedarfe anpassen***

Die Europäischen Strukturfonds haben in der Vergangenheit einen großen Beitrag zur Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung (wirtschaftsnahe, innovations- und humankapitalorientierte Infrastruktur) geleistet. Trotz dieser Anstrengungen kommen die Aktualisierungsberichte zu dem Ergebnis, dass immer noch Infrastrukturlücken in Ostdeutschland existieren. Von einem pauschalen Nachholbedarf sprechen die Gutachter jedoch nicht mehr, sondern dieser besteht fallbezogen nach Fördertatbeständen sowie räumlich differenziert. Aus dieser Zustandsbeschreibung heraus legen sie den Ländern nahe, die künftige Infrastrukturförderung auf eine konzeptionelle Basis zu stellen, die sich an den regionalwirtschaftlichen Effekten sowie demografischen Aspekten orientieren müsste. Zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität der einzelnen Infrastrukturprojekte werden Kosten-Nutzen-Analysen vorgeschlagen.

Zusammengefasst finden sich in den einzelnen Länderberichten folgende Aussagen für die zukünftige Infrastrukturförderung:

Für Brandenburg wird eine „klare Ausrichtung der Infrastrukturförderung auf einen höchstmöglichen Beitrag zur Unternehmens- und Arbeitsplatzentwicklung sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ empfohlen.

Die Infrastrukturförderung sollte in Berlin nach qualitativen Aspekten ausgerichtet werden. Als Beispiele führen die Gutachter das Kompetenzfeld- und Netzwerkmanagement, die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, die Ausrichtung und das Angebot bestehender Technologie- und Gründerzentren an. Das Umweltentlastungsprogramm sollte auf seinen Beitrag zum ökonomischen Strukturwandel hin überprüft werden. Lücken, die es bei den überregionalen Verkehrsverbindungen gibt, sollten geschlossen werden.

Die weitere Infrastruktur- und Verkehrsplanung sollte sich in Mecklenburg-Vorpommern auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung einstellen, um eine effiziente und kostengerechte Versorgung zu gewährleisten. Dies schließt auch die wirtschaftsnahe Infrastruktur (z.B. Gewerbeflächen) ein. Die Gutachter vertreten die Ansicht, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht umhin kommt, das Infrastrukturanangebot räumlich zu konzentrieren.

In Sachsen ist ein Viertel des EFRE-Etats für die Verkehrsinfrastruktur (Straßenbau) gebunden. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bleiben auch in der neuen Förderperiode wichtig, aber es sollten stärker Projekte mit regionaler Bedeutung gefördert und zudem die gesamte Breite an Verkehrsträgern in die Förderung aufgenommen werden. Generell sprechen sich aber die Gutachter dafür aus, die Infrastrukturförderung zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen und nur solche Maßnahmen zu fördern, die auf die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Aktivitäten zielen. Auf Investitionen, die ausschließlich umweltbezogene Infrastrukturen fördern, sollte verzichtet werden.

Dem Freistaat Thüringen empfehlen die Gutachter, die künftige Infrastrukturförderung auf die Modernisierung, Aufwertung und Ausstattung der bestehenden Infrastrukturen zu fokussieren. So sollte bspw. der Ausweis von Gewerbeflächen nur noch in Verbindung mit einem interkommunalen bzw. regionalen Gewerbeflächenkonzept erfolgen, die Förderung von touristischen Infrastrukturen sich nach der überregionalen Bedeutung richten und Infrastrukturen im Bereich Wissenschaft und FuE weiter gestärkt werden. In Thüringen besteht noch ein Investitionsbedarf hinsichtlich der Anbindung an Abwasserbehandlungsanlagen, der Gewässerunterhaltung und des Hochwasserschutzes.

#### **4. Zum zukünftigen Einsatz der ESF-Mittel**

Angesichts der enormen Arbeitsmarktprobleme in Deutschland sehen alle Gutachter auch in Zukunft einen großen Förderbedarf für den ESF. Allerdings muss der ESF-Einsatz auf Grund der seit Anfang 2005 bundesgesetzlichen

geregelten Arbeitsförderung (Stichwort Hartz-Gesetze) überdacht werden, weil durch die Hartz-Reformen die nationale Förderung auf zentrale Zielgruppen der ESF-Förderung ausgedehnt wurde. Dies gilt für alle Bundesländer. Trotz Änderungen in der bundesrepublikanischen Arbeitsmarktpolitik und der Formulierung eines großen Bedarfs für eine künftige ESF-Förderung enthalten die Berichte keine konkreten Hinweise, wie in Zukunft die nationale und europäische Förderung voneinander abgegrenzt werden soll. Eher grundsätzlicher wird in den Berichten empfohlen im Bereich der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** nur noch solche Maßnahmen über den ESF zu fördern, wenn ein qualitativer Mehrwert erkennbar wird. Der ESF sollte Förderlücken abdecken, innovatorische Projekte fördern und sich insbesondere auf Prävention konzentrieren. Dies würde – so einige Gutachter – eine Vernetzung von Politikfeldern und eine Verstärkung von Modellprojekten voraussetzen. Die ESF-Mittel sollten nicht die bundesstaatliche Arbeitsmarktpolitik verstärken.

Mit Blick auf die einzelnen Zielgruppen legen die Gutachter ihr Augenmerk für den künftigen ESF-Einsatz auf

→ Jugendliche:

Vorschläge sind hier Ausbildungsförderung mit hoher Priorität fortsetzen, mehr für Schulabbrecher machen usw.,

→ Frauen:

empfohlen wird eine stärkere geschlechtsspezifische Betrachtung der Fördermaßnahmen und frauenspezifische Aspekte stärker in die Regelförderung aufzunehmen, Steuerung des Mitteleinsatzes zugunsten von Frauen, eigener Förderschwerpunkt Chancengleichheit von Frauen und Männern beibehalten,

→ ältere Menschen:

die Weiterbildungsangebote an die Bedarfe älterer Menschen anpassen und in die Konzepte zu Lebenslanges Lernen ältere Menschen integrieren.

Darüber hinaus sehen die Gutachten nach wie vor einen Bedarf an einer ESF-Existenzgründungsförderung (siehe oben) und eine „Kultur der Selbständigkeit“ zu fördern (GfK Ostdeutschland). Generell sollte sich aber die ESF-Förderung viel stärker auf die Lissabon-Strategie orientieren, was für die Gutachter nichts anderes heißt als die ESF-Mittel auf „wachstums- und beschäftigungsrelevante Humanressourcen“ (berufliche Integration von Jugendlichen, Lebenslanges Lernen, Anpassungsfähigkeit, Forschung, Wissen und Innovation) auszurichten. Ob sich dahinter ein Zielkonflikt mit der oben beschriebenen Ausrichtung der ESF-Förderung auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes ergibt und wie dieser zu lösen ist, wird in den Berichten nicht diskutiert.

Alleine der Berliner Bericht versucht eine Verbindung zwischen ESF- und EFRE-Förderung herzustellen: Wenn die Konzentration der EFRE-Fördermittel in Berlin auf die Kompetenzfelder erfolgt, wäre es nach Meinung der Gutachter nur folgerichtig, die ESF-Mittel im Bereich der Anpassungsqualifizierungen und Weiterbildungen der Arbeitnehmer stärker auf die Anforderungen in den Kompetenzfeldern auszurichten. Gefordert wird ein Gesamtkonzept mit passgenauer Bedarfsanalyse, mit Profilierung, engen Betriebskontakten und einem begleitenden Coaching.

### **5. Die Querschnittsziele voranbringen**

Die Aktualisierungsberichte hatten außerdem die Aufgabe, die in der laufenden Förderperiode verfolgten Querschnittsziele (Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Informationsgesellschaft) zu überprüfen. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Bei der Beurteilung des Beitrags der einzelnen Projekte zu den **Querschnittszielen** sehen die Gutachter nach wie vor Handlungsbedarf und sie empfehlen die Anwendung von handhabbaren Lösungen. So wird bspw. im GFK-Bericht der Zielkonflikt zwischen den Förderprioritäten der Europäischen Strukturfonds und den Querschnittszielen hervorgehoben und als zu lösende Aufgabe für die neue Förderphase formuliert.

#### **Querschnittsziel Chancengleichheit**

Für das Querschnittsziel Chancengleichheit stellen die Evaluatoren in der laufenden Förderperiode zwar Fortschritte fest, allerdings sehen sie eine Reihe von Programmen nach dem Gender-Mainstreaming-Prinzip als ausbaufähig an. Über den EFRE, ESF und EAGFL läuft eine Reihe von Maßnahmen, die das Querschnittsziel Chancengleichheit unterstützen, der personenbezogene Förderansatz des ESF übernimmt hierbei eine entscheidende Rolle, um die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern voran zu bringen. Die Ergebnisse sind bisher allerdings ernüchternd. Brandenburg wird von den Gutachtern im Ländervergleich als vorbildlich betrachtet, obwohl auch hier noch ein enormer Handlungsbedarf besteht. Ohne Gender Mainstreaming dürften die Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männer in der Lebens- und Erwerbssituation deutlich größer sein. Die Gutachter (z.B. Sachsen) empfehlen, in der künftigen Förderphase zweigleisig zu fördern und Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu ergreifen sowie gleichzeitig Lösungen jenseits der „Frauenquote“ anzustreben. Im mecklenburg-vorpommerischen Bericht weisen die Evaluatoren auf die begrenzte Reichweite der Strukturfonds hin. Sie kommen für den Bereich der Existenzgründungsförderung zu dem Schluss, dass über die finanzielle Förderung nur bedingt die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten abgebaut werden können. Die Förderung müsste ihrer Meinung nach in der „Veränderung objektiver Rahmenbedingungen und subjektiv wahrgenommenen Optionen von



Frauen und Männern“ ansetzen. Die Gutachter schlagen dem Land Brandenburg zwei konkrete Maßnahmen vor: die Landesregierung sollte 1. einen einheitlichen Gender-Budgeting-Ansatz im gesamten Planungs- und Umsetzungsverfahren in der künftigen Förderphase entwickeln und anwenden sowie 2. die veränderten Rahmenbedingungen von Frauen und ihrer Erwerbstätigkeit untersuchen. Dies wäre nicht nur für den Einsatz der Strukturfonds wichtig, sondern für die gesamte Landespolitik.

### **Querschnittsziel Umwelt und Nachhaltigkeit**

Das Querschnittsziel Umwelt und Nachhaltigkeit reduzieren die Evaluatoren in den Gutachten auf den Umweltbereich – auf die Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips gehen sie nicht ein, was einige mit den Quantifizierungsproblemen erklären.

Laut den Berichten hat sich die Umweltsituation dank des Einsatzes von Strukturfondsmittel erheblich verbessert durch Maßnahmen der Altlastensanierung, Luftreinhaltung, Emissionsminderung und Abfallvermeidung. Dazu haben Mittel des EAGFL und des EFRE beigetragen.

Lediglich in zwei Gutachten (Brandenburg und Sachsen) werden Empfehlungen für die Weiterentwicklung dieses Querschnittsziels gegeben:

Da sich die Wirkungen der Förderung auf die Nachhaltigkeit in Brandenburg noch nicht bewerten lassen, schlagen die Gutachter vor, das Bewertungsrasster mit quantifizierten Zielen für die neue Förderperiode weiter zu entwickeln. Im Rahmen einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung würden nach Meinung der Evaluatoren für Sachsen Maßnahmen größeres Gewicht verdienen, die die Wirtschaft auf eine Ressourcen schonende Entwicklung bringen.

### **Querschnittsziel Informationsgesellschaft**

In den Aktualisierungsberichten wird insbesondere dem EFRE ein Einfluss auf die Umsetzung des Querschnittsziels Informationsgesellschaft zugeschrieben. EFRE-geförderte Maßnahmen erreichten u.a. Unternehmen des EDV-Sektors, es wurden zahlreiche maßnahmebezogene IuK-Projekte gefördert und Schulen mit Computer ausgestattet. Dadurch bescheinigen die Gutachter dem EFRE einen gewissen Beitrag zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur (z.B. für Mecklenburg-Vorpommern).

## **6. Weitere länderspezifische Ansätze**

Einzelne Länderberichte greifen außerdem spezielle Probleme und strukturelle Ansätze auf:

Für Berlin spielt die Förderachse „**städtische Dimension**“ eine wichtige Rolle und wird nach Ansicht der Gutachter wichtig bleiben, allerdings wird sich dieser Förderschwerpunkt auf das neue Ziel „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäf-

tigung“ ausrichten müssen. Positiv hervorgehoben wird in diesem Bereich von den Evaluatoren die Bedeutung der **partnerschaftlichen Programmdurchführung**, wozu auch die Wirtschafts- und Sozialpartner gezählt werden.

Die **Landesinitiativen**, ein integrativer Förderansatz in fünf Handlungsfeldern (z.B. Innovation, ländliche Entwicklung), sind nach Ansicht der Evaluatoren für Sachsen-Anhalt ein wichtiger Ansatzpunkt eine ressortübergreifende Förderpolitik für ausgewählte Entwicklungsschwerpunkte durchzuführen. Dieser Ansatz sollte auch in der neuen Förderperiode fortgeführt werden, allerdings mit weniger komplexem Verfahren und einer stärkeren Einbindung von Unternehmen in Prozesse und Projekte.

Das Thema „**Regionalisierung**“ wird mit Ausnahme von Thüringen in allen Gutachten angesprochen, allerdings nur im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik. Bis auf Sachsen, wo ein Regionalbudget bei freiem Handlungsspielraum für die Regionen empfohlen wird, verlässt aber dieser Punkt die allgemeine Ebene nicht: „die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg sollte weiter entwickelt werden“ oder „die bestehenden Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik sollten in Berlin in eine vernetzte, regionalisierte Beschäftigungsförderung übergehen“.

Die Gutachter für Thüringen und des GFK Ostdeutschland zeigen auch auf die Grenzen der Regionalpolitik hin. „Ohne entsprechende gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und ohne Unterstützung auf anderen wirtschaftspolitischen Feldern wie der Tarif-, Geld- oder Steuerpolitik kann eine Beschleunigung des Konvergenzprozesses nicht alleine durch den Einsatz von EFRE-Mitteln erwartet werden.“ (GEFRA et al. 2005a: 165, GEFRA et al. 2005b: 184)

## Übersicht 2: Empfehlungen für die zukünftige Förderperiode

	EFRE	ESF
<b>Berlin</b>	Stärkung der Kompetenzfelder, einzelbetriebliche Investitionsförderung mit Innovationsbezug, Förderung der wirtschaftlichen Dynamik durch Existenzgründung und Messeförderung, bedarfsgerechte Aufbau von Infrastruktur v.a. im Wissenschafts- und Transferbereich, bedarfsgerechter Ausbau öffentlicher Infrastruktur, Achse städtischer Problemgebiete	Unternehmensorientierte Arbeitsförderung mit Beratung/Coaching für junge Unternehmen, Ausbildungsplatzförderung v.a. für benach- teiligte Jugendliche, Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Integrationsmaßnah- men für benachteiligte Gruppen und für Langzeitarbeitslose
<b>Brandenburg</b>	Unternehmensförderung fortsetzen, Förderinstrumente für KMU weiterentwickeln (Mix aus Investitionsförde- rung, FuE-Projekte, Technologietransfer, Netzwerkbildung, Beratung, spezifisches Angebot an Existenzgründer, sektorale/räumliche Strategie „Stärken stärken“ umsetzen und an neue Strategie der Wirtschaftsförderung anpassen, Netzwerke zur Clusterentwicklung und zum Technologietransfer fördern, integrierte Stadtentwicklungskonzepte erstellen und umsetzen, Umweltförderprogramme auflösen und in die Regelförderung integrieren, Infrastrukturförderung stärker auf Unternehmens- und Arbeitsplatzent- wicklung ausrichten, Fördertatbestände zur Daseinsvorsorge im Kontext von Wirtschaft und Beschäftigung aufnehmen	Förderschwerpunkte reduzieren auf 1. Jugendliche – Ausbildung und Einstieg ins Erwerbsleben, 2. ältere Menschen – Erwerbsfähigkeit, Innovation und Lebenslan- ges Lernen, 3. Chancengleichheit und Frauen, 4. Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, 5. Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	räumliche Konzentration der Infrastrukturförderung an das Zentrale-Orte- System, auf einzelbetriebliche Investitionsförderung nicht verzichten, neues Programm auflegen, das die Lissabon-Ziele unterstützt, FuE-, Wissenschafts-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungsförde- rung an den regionalen Schwerpunkte der Wirtschaft orientieren, Ausbau der Messeförderung in den strategischen Ländern in Skandina- vien und Osteuropa	hoher Förderbedarf des ESF mit stärkerer Orientierung an die Lis- sabon-Strategie und Ausrichtung auf wachstums- und beschäfti- gungsrelevanten Humanressourcen (berufliche Integration junger Menschen, Lebenslanges Lernen, Anpassungsfähigkeit, For- schung, Wissen und Innovation), Aktive Arbeitsmarktpolitik über ESF fördern in Bereichen mit quali- tativem Mehrwert zur Bundesarbeitsmarktpolitik, ansetzen bei För- derlücken und innovatorische Projekte initiieren

<b>Sachsen</b>	weiterhin Unterstützung gewerblicher Investitionen, Technologietransfer stärken, Infrastrukturmaßnahmen, die die regionale Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Maßnahmen, die auf die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Aktivitäten zielen	Verfügbarkeit von Fachkräften sichern über Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Personal- und Organisationsentwicklung, längere Lebensarbeitszeit, Einflussnahme auf Arbeitsmigration durch Vermeidung von Abwanderung und selektive Zuwanderung von Leistungsträgern, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, soziale Exklusion begrenzen durch u.a. Beschäftigungsfähigkeit, Arbeitsplätze für gering Qualifizierte, unternehmerische Potenziale entwickeln und Innovationskraft stärken (z.B. Existenzgründungen, Betriebsnachfolge, Humanressourcen in FuE) Erhöhung der Arbeitsmarkttransparenz und Verbesserung von Matching-Prozessen
<b>Sachsen-Anhalt</b>	k.A. – war nicht Gegenstand des Auftrags	k.A. - war nicht Gegenstand des Auftrags
<b>Thüringen</b>	Fortführung der Investitionsförderung bei abgesenkten Fördersätzen – Ausnahme FuE-Förderung, weiterhin breites Förderspektrum notwendig (u.a. Beratung, Messförderung, KMU-Netzwerke), Kleinstförderung wird abgelehnt, den neu eingerichteten „Forschungsscheck“ in der einzelbetrieblichen Technologieförderung ist richtungsweisend, Stärkung der Innovationskapazitäten, bessere Einbindung in überregionale Wirtschaftskreisläufe, Infrastrukturförderung auf qualitative Modernisierung, Aufwertung und Ausstattungsverbesserung konzentrieren mit Nachweis regionalwirtschaftlicher Wirkungen versehen, vorausschauende Bedarfsplanung und Anpassung der Infrastrukturausstattung u.a. an zukünftige Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftsnahe Infrastrukturprojekte in integrierte Stadtentwicklungsprogramme einbinden, Nachholbedarf in der Verkehrsinfrastruktur v.a. Straßenbau, Bedarfe beim Schienenverkehr prüfen v.a. Verlagerungspotenzial des Güterverkehrs von Straße auf die Schiene, Bedarfsanalyse für Rohrnetzverluste bei der Wasserversorgung, Investitionsbedarf bei Abwasserbehandlungsanlagen,	Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf, Förderung benachteiligter Jugendlicher, mit ESF-Förderung an den Schulen ansetzen, um Schulabschlüsse zu verbessern u. Zahl der Schulabbrecher zu verringern, ESF-Förderung auch auf Zielgruppen konzentrieren, aber qualitativer Mehrwert nachweisen (neuartige Instrumente, Vernetzung von Angeboten usw.), Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Bildungsträgern mit ESF-Mitteln stärken, Einbeziehung der Älteren in die Weiterbildung u. berufsbegleitende Weiterbildung von Erwerbstätigen, stärkere Wachstumsorientierung der ESF-Gründungsförderung, Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern stärker an den strukturellen Faktoren der Benachteiligung ansetzen

	<p>die Leistungsfähigkeit der Kommunen in der Agenda 21 sicherstellen, ökologische Belange stärker in unternehmerisches Handeln einbinden durch u.a. Beratung, Handlungsbedarf besteht bei der Gewässerunterhaltung und des Hochwasserschutzes</p>	
<b>GFK-NBL</b>	<p>Fortführung der Investitionsförderung bei abgesenkten Fördersätzen – Ausnahme FuE-Förderung, Entwicklung neuer Förderaktivitäten z.B. thematisch ungebundene Gutscheine, Stärkung der Innovationskapazitäten, bessere Einbindung in überregionale Wirtschaftskreisläufe, Notwendigkeit einer differenzierten, konzeptionellen Infrastrukturförderung v.a. an regionalwirtschaftlichen Effekten orientiert, Infrastrukturförderung an qualitativen Aspekten (Modernisierung, Aufwertung, Ausstattungsverbesserung) ausrichten, Clustermanagement für Infrastrukturförderung nutzen, Ausrichtung der Technologieinfrastrukturförderung auf bestehende Kompetenzen und Stärken, Stärkung des Technologietransfers, Vernetzung zwischen infrastrukturellen und institutionellen Kapazitäten und Unternehmen, Infrastruktur der beruflichen Aus- und Fortbildung auf städtische Zentren zu konzentrieren, Maßnahmen zu Wasserver- und Abwasserentsorgung zurück fahren, künftige Förderschwerpunkte sind: Bodenschutz, Steigerung von Energieeffizienz, vorsorgenden Umweltschutz in Verbindung mit dem nachhaltigen Einsatz von Ressourcen</p>	<p>Förderung der wachstums- und beschäftigungsrelevanten Humanressourcen mit Schwerpunkt auf Schule und Berufsausbildung, lebensbegleitendes Lernen, Anpassungsfähigkeit, Forschung und Innovation, Unternehmergeist und Chancengleichheit, ESF-Förderung sollte einen qualitativen Mehrwert zur nationalen Arbeitsmarktpolitik bringen, Sicherstellung der Ausbildungsfähigkeit und der Qualitätsverbesserung des Ausbildungssystems, Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Bildungsträgern mit ESF-Mitteln stärken, Einbeziehung der Älteren in die Weiterbildung u. berufsbegleitende Weiterbildung von Erwerbstätigen, ESF-Einsatz stärker auf Gründungen ausrichten v.a. durch Aktivitäten an Hochschulen, eine „Kultur der Selbständigen“ aufbauen Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern stärker an den strukturellen Faktoren der Benachteiligung ansetzen</p>

## 4. Fazit

Die Vorbereitungen für die künftige Strukturfondsförderung ab 2007 laufen. Die Ende 2005 abgeschlossenen Aktualisierungsberichte der Halbzeitbewertung zu der Umsetzung der Europäischen Strukturfonds erlauben Rückschlüsse für die Neuausrichtung der Europäischen Strukturfonds ab 2007. Wie die Gegenüberstellung der Länderberichte zeigt, kann aus diesen Empfehlungen keine Strategie abgeleitet werden – dies war auch nicht die Aufgabe der Berichte. Sie geben allerdings Hinweise in welche Richtung die Bundesländer ihre Strategie umlenken könnten. Auffällig ist dabei aber, dass bei der Gegenüberstellung keine einheitliche Stoßrichtung erkennbar wird. Alles ist möglich!

Wo sind in Ostdeutschland die Arbeitsplätze von morgen? Diese für Gewerkschaften und Beschäftigte wichtige Frage wird in den Berichten noch nicht einmal ansatzweise beantwortet. Weitere beschäftigungspolitisch relevante Aspekte – wie z.B. die Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner – werden mit Ausnahme des Berliner Berichts und dort auch nur bei der Stadtteilentwicklung ignoriert, obwohl gerade das Partnerschaftsprinzip ein erklärtes Förderprinzip der Europäischen Strukturfonds ist.

Darüber hinaus legen die Gutachten eine mehr oder weniger starke ökonomische Sicht auf die Europäischen Strukturfonds in Ostdeutschland. Da die europäische Strukturfondsförderung von ihrem Ansatz her breiter ausgerichtet ist und vielfältige Querbezüge zu Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Arbeitsbedingungen und Umwelt usw. vorweisen, wäre es für die Zukunft sicherlich überlegenswert, diese übergreifende, interdisziplinäre Sicht in die Evaluierungen einfließen zu lassen und in einem ersten Schritt das Bearbeitungsteam entsprechend zusammenzusetzen.

## **Anhang**

## Literaturverzeichnis

- Erdmenger, Katharina; Ziegler, Astrid (2004), Strukturpolitik nach 2006 – Der Vorschlag der Europäischen Kommission, in: WSI-Mitteilungen 6/2004, S. 325 - 331
- GEFRA Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen / IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH / MR – Gesellschaft für Regionalberatung mbH / Prof. Dr. Karl (2005a), Aktualisierung der Halbzeitbewertung für das Operationelle Programm des Freistaats Thüringen in der Periode 2000 bis 2006, Münster Berlin Delmenhorst Bochum
- GEFRA Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen / IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH / MR – Gesellschaft für Regionalberatung mbH / Prof. Dr. Karl / Prof. Dr. Hecht (2005b), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts 2000 – 2006 (GFK) für den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins, Münster Berlin Delmenhorst Bochum
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2006 Los 2: Aktualisierung der Bewertung der Umsetzung des ESF und fondsübergreifende Bewertung des Querschnittsziels Chancengleichheit, Berlin
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH / MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000 bis 2006 – Schwerpunkt 1 bis 3, Berlin
- isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds, Schwerpunkt 4 des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen und Technische Hilfe des ESF, Halle (S.)
- isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zum Einsatz der EU-Strukturfonds im Land Sachsen-Anhalt, Halle (S.)
- Kienbaum Management Consultants GmbH (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des OP Brandenburg 2000 bis 2006, Berlin
- Mitteilung der Kommission (2005), Die Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung, Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013, Brüssel 05.07.2005



- Prognos AG (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms (Ziel 1) des Landes Berlin 2000 – 2006, Berlin
- Prognos AG (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2000 – 2006, Los 1 A EFRE Anhang Los 1 B Querschnittsziel Informationsgesellschaft, Bremen
- Prognos AG (2005), Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2000 – 2006, LOS 4 Fondsübergreifende Zusammenfassung der EFRE-, ESF- und EAGFL-Bewertung, Bremen
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, 14. Juli 2004, KOM(2004) 492 endg.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, 14. Juli 2004, KOM(2004) 495 endg.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds, 14. Juli 2004, KOM(2004) 493 endg.
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds, 14. Juli 2004, KOM(2004) 494 endg.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Schaffung eines Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (EVGZ), 14. Juli 2004, KOM(2004) 496 endg.

Tabelle 1 im Anhang:  
**Die mit der Aktualisierung der Halbzeitbewertung beauftragte Institutionen**

	<b>EFRE</b>	<b>ESF</b>
<b>Berlin</b>	Prognos AG, Berlin	Prognos AG, Berlin
<b>Brandenburg</b>	Kienbaum Management Consultants GmbH, Berlin	Kienbaum Management Consultants GmbH, Berlin
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Prognos AG, Bremen	IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin
<b>Sachsen</b>	IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Delmenhorst	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH
<b>Sachsen-Anhalt</b>	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH
<b>Thüringen</b>	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR Münster IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Delmenhorst Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Karl, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR Münster IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Delmenhorst Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Karl, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik
<b>GFK-NBL</b>	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR Münster IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Delmenhorst Prof. Dr. Karl, Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Hecht, Fachhochschule Bochum	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR Münster IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Delmenhorst Prof. Dr. Karl, Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Hecht, Fachhochschule Bochum